

Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich?

Göls, Cornelia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Göls, C. (2009). Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? *Ukraine-Analysen*, 52, 2-7.
<https://doi.org/10.31205/UA.052.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



POLITISCHE PARTEIEN IWF-VERHANDLUNGEN

■ ANALYSE		
Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich?		2
Von Cornelia Göls, Universität Wien		
■ UMFRAGE		
Parteipolitische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung		8
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
IWF-Verhandlungen der Ukraine		10
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 10. bis zum 23. Februar 2009		12

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 10.3.2009.
Thema wird die ukrainische Staatsverwaltung sein.*



Analyse

Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich?

Von Cornelia Göls, Universität Wien

Zusammenfassung

Auch 15 Jahre nach den Gründungswahlen erfüllen die politischen Parteien in der Ukraine ihre Funktionen unzureichend. Die größten Mängel liegen im programmatischen Bereich, in der Bildung dauerhafter Koalitionen und in der legislativen Arbeit im Parlament. Persönliche Motive dominieren. Die Parteien wirken auf die ukrainische Demokratie daher eher negativ, ihre Zukunftsaussichten sind ambivalent. Durch die Verfassungsänderungen 2006 aufgewertet, haben sie sich aber zu wichtigen Akteuren im politischen System entwickelt.

Entwicklung und Charakteristika des ukrainischen Parteienspektrums

Mit der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates wurde die Möglichkeit geschaffen, Parteien zu bilden und mit solchen bei Wahlen zum Parlament (Werchowna Rada) anzutreten. Seither hat die Gestalt des ukrainischen Parteienspektrums zahlreiche Änderungen durchgemacht.

Als erste eigentliche politische Partei in der Ukraine kann die Bewegung RUCH betrachtet werden. Kurz nachdem die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit erlangt hatte, verlor die Partei aber ihre Basis und zersplitterte, da sie ihr Hauptziel – die Forderung nach Unabhängigkeit des Landes – erfüllt sah, in kleine Gruppierungen, die ideologisch wenig gefestigt waren. Das bescherte der 1993 wieder zugelassenen Kommunistischen Partei neuerliche Bedeutung, die sie nicht zuletzt aufgrund ihrer organisatorischen Ressourcen lange halten konnte. Viele Jahre lang dominierten die Kommunisten ein Parteienspektrum, das angesichts einer Vielzahl an extrem kleinen und unbedeutenden Parteien als äußerst fragmentiert bezeichnet werden muss. In den Parlamentswahlen 2006 wurde die Kommunistische Partei der Ukraine schließlich spürbar dezimiert. 2007 konnte sie zwar ins ukrainische Parlament einziehen, erhielt aber nur knapp über 5 % der Stimmen. Diese Entwicklung ist ein weiterer Schritt zu einem stabilen Parteiensystem in der Ukraine.

Dennoch ist die Parteienlandschaft nach wie vor nicht als konsolidiert zu bezeichnen. Besonders vor Wahlen werden neue Parteien gebildet, schließen sich bereits bestehende Parteien in immer wieder neuen Koalitionen zu Wahlblöcken zusammen oder alte Parteien schmücken sich mit neuen Namen. Viele dieser Parteien verschwinden nach den Wahlen genauso schnell, wie sie sich zuvor formiert haben. So schaffte die »Vereinigte Sozialdemokratische Partei« (SPDUo) als Bestandteil des Wahlblocks »Ne tak!«, der gerade einmal 1 % der Stimmen erhielt, 2006 den Einzug in die Werchowna Rada, in der sie in der vorangegangenen Legislaturperiode noch 19 Mandate besetzt hatte, nicht mehr.

Die Parteien, die heute von Bedeutung sind, bildeten sich rund um die Parlamentswahl im Jahr 2002 heraus – die wichtigsten Blöcke spalteten sich damals entlang der Haltung zum Präsidenten Leonid Kutschma, der durch den sogenannten »Kassettenskandal« im Jahr 2000 geschwächt und mit Rufen nach seiner Amtsenthebung konfrontiert worden war (geheimen Tonbandmitschnitten seiner Telefongespräche ließ sich u. a. eine Verbindung des Präsidenten zur Ermordung des regierungskritischen Journalisten Georgij Gongadze entnehmen). Der Wahlblock »Für eine geeinte Ukraine« – zu dem 2002 auch noch die »Partei der Regionen« gehörte – unterstützte den Präsidenten. Julia Timoschenko stand in radikaler Opposition zu Kutschma. Viktor Juschtschenko begab sich mit seinem Wahlblock »Unsere Ukraine« zwar in Distanz zum Präsidenten, wollte sich aber der radikalen Opposition nicht anschließen, sondern auf dem Weg des pragmatischen Kompromisses bleiben, mit dem er seither aber eher negative Erfahrungen gemacht hat. Ein Beispiel hierfür ist der hastige Verfassungskompromiss zwischen Juschtschenko und dem »blauen« Lager 2004.

Juschtschenko und Timoschenko sind nach wie vor die bestimmenden Personen in ihren Blöcken. Die programmatische Komponente stellt bei den ukrainischen Parteien die bislang am wenigsten ausgeprägte dar. Parteien wie Vorsitzende bedienen sich lieber ihres klientelistischen bzw. charismatischen Potentials. Dadurch gestaltet sich eine Einteilung der ukrainischen politischen Parteien entlang des ideologischen Spektrums Links – Mitte – Rechts schwierig. Die programmatische Indifferenz führt zu einer verschwommenen Position der wichtigsten ukrainischen Parteien im Zentrum des politischen Spektrums.

Da die (wichtigsten) ukrainischen Parteien also wenig Kräfte darauf verwenden, Programme zu erstellen, mithilfe derer eine ideologische Abgrenzung von politischen Mitbewerbern und die fixe Bindung an bestimmte Wählerkreise möglich wäre, und es ebenfalls an Profes-

sionalisierung mangelt, können sie nicht als in (westlichen) demokratischen Systemen weit verbreitete Programmparteien definiert werden. Gerade dieser Typ von Partei wäre aber notwendig, um das Parteiensystem und in weiterer Sicht auch die Demokratie in der Ukraine zu stabilisieren und konsolidieren.

Die (aktuell) wichtigsten politischen Parteien

Zwischen den drei wichtigsten ukrainischen Parteien (ausgehend vom letzten Wahlergebnis 2007) – »Partei der Regionen« (34,37 %), »Block Julia Timoschenko« (30,71 %) und »Unsere Ukraine« (14,15 %) – kann bereits in formaler Hinsicht ein auffällender Unterschied festgestellt werden. Während die erste eine strikt hierarchische und eher homogene Organisation darstellt, sind die beiden letzteren – mitunter relativ instabile – Wahlblöcke aus mehreren koalierenden Parteien, die v. a. durch die jeweilige Führungsfigur verbunden werden.

Partei der Regionen (PRU)

Die »Partei der Regionen« wird von der Sekundärliteratur eindeutig als regionale Unternehmerpartei klassifiziert. Ihre Wurzeln liegen in der Region Donezk im Osten der Ukraine. Bei den Parlamentswahlen 2002 gliederte sich die Partei in den präsidententreuen Wahlblock »Für eine geeinte Ukraine« ein, aus dem sie 2005 schließlich austrat, um Parlamentswahlen 2006 alleine zu bestreiten. Das tat sie wohl nicht zuletzt, um den Wählern Neuanfang und Distanz zum Lager des ehemaligen Präsidenten Kutschma zu signalisieren. Seit her ist die »Partei der Regionen« die politische Kraft in der Ukraine, der am ehesten ein Parteiencharakter in konventionellem Sinne zugesprochen werden kann. Sie tritt bei Wahlen nicht als Block, sondern in eigenständiger Form an. Die nach zentralisiertem Muster getroffenen Entscheidungen können dank einer starken innerparteilichen Hierarchie am konsequentesten in dieser Partei durchgesetzt werden. Das macht sie – zumindest im Hinblick darauf, ob Entscheidungen der Parteiführer auch von der Basis akzeptiert werden – zu einer relativ berechenbaren Größe im politischen System. Den Charakter der Unternehmerpartei behält sie durch die große Präsenz an Wirtschaftsvertretern in ihren Reihen nach wie vor. Besonders markant ist die Mitgliedschaft von Rinat Achmetov, dem reichsten Mann des Landes. Die Wahlliste für die Parlamentswahl 2007 enthielt merklich weniger Mitglieder des Donezker Kreises, worin Kommentatoren eine Strategie Janukowitschs, seine Autorität innerhalb der Partei langfristig zu sichern, sehen.

Die wirtschaftlichen Interessen der Parteispitze schlagen sich auch in den Wahlprogrammen nieder. Steuersenkungen, Investitionserhöhungen und Sonderwirtschaftszonen werden versprochen. Weitere Schwerpunkte bilden die Regionen (Stärkung der lokalen Selbstverwaltung) und die Betonung der historischen und kulturellen Nähe zu Russland. Darum tritt die »Partei der Regionen« für die Aufwertung des Russischen als zweite Staatssprache und gegen eine Mitgliedschaft in der NATO ein. Auf dem Parteikongress im März 2008 wurden diese Forderungen erneuert.

Block Julia Timoschenko (BJuT)

Politisch trat Julia Timoschenko schon unter Präsident Kutschma als stellvertretende Ministerpräsidentin in der Regierung Juschtschenko in Erscheinung (1999–2001). Rund um den bereits erwähnten »Kassettenskandal« führte sie dann 2001 eine Bewegung an, die eine »Ukraine ohne Kutschma« forderte. Aus dieser Opposition heraus wurde im selben Jahr mit Blick auf die Parlamentswahlen 2002 schließlich der »Block Julia Timoschenko« gebildet. Die Leitfigur und Hauptgeldgeberin Julia Timoschenko hält einen Wahlblock aus ihrer Partei »Allukrainische Vereinigung Vaterland« und der »Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei« zusammen, 2007 ist noch die Partei »Reformen und Ordnung« dazugestoßen.

Die Person Timoschenkos nimmt den zentralen Platz in der Partei ein. Das wird schon in der Namensgebung, aber auch in der Selbstpräsentation des Blocks ersichtlich, z. B. im Internetauftritt. Die Homepage der Partei wird beherrscht von Nachrichten über Aktionen der Parteiführerin, ihre aktuellen Publikationen in Zeitungen; sogar Bildschirmschoner oder Poster von Julia Timoschenko in den unterschiedlichsten Aufmachungen finden sich. Betrachtet man die Koalitionsverhandlungen und deren Scheitern im Jahr 2006, fällt auch hier auf, dass sich der Block v. a. darauf konzentrierte, Timoschenko den Posten der Ministerpräsidentin zu verschaffen.

Timoschenkos Partei kann als die populistischste der drei hier porträtierten beschrieben werden. Mit Ankündigungen im Vorfeld der Wahlen 2007 wie z. B. zukünftiger Gehaltsverzicht der Abgeordneten ihres Blocks oder Versprechungen wie die Rückzahlung verfallener Ersparnisse aus der Sowjetzeit an die Bevölkerung, die mittlerweile eingeleitet worden ist und den Staatshaushalt massiv belastet sowie die Inflation in die Höhe treibt, konnte Timoschenko bei den Wahlen über 8 % an Wählerstimmen dazugewinnen. In den Wahlprogrammen findet diese Tonart ihre Fortsetzung, es ist

von Gerechtigkeit, Solidarität, Ehrlichkeit die Rede. Die ideologische Unbestimmbarkeit der Partei drückt sich z. B. darin aus, dass man zwar einerseits linkspopulistische Forderungen stellt, andererseits aber mit einer Mitgliedschaft in der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) liebäugelt.

Unsere Ukraine (NU)

Der Block »Unsere Ukraine« entstand 2001 unter dem Vorsitz des jetzigen Staatspräsidenten Viktor Juschtschenko. Bei den Parlamentswahlen 2002 traten unter dem Namen »Unsere Ukraine« zehn Parteien an, die nach der Wahl die stärkste Fraktion stellten. Der Versuch von Juschtschenko, aus »Unsere Ukraine« eine Volkspartei modernen Typs zu machen, scheiterte bislang. 2005 trennten sich die meisten Parteien von dem Bündnis. Im März 2006 trat der Block in der Zusammensetzung von sechs Parteien an, 2007 waren es bereits wieder neun: Bürgerliche Partei »PORA«, Europäische Partei der Ukraine, Volksbewegung der Ukraine, Volksbündnis »Unsere Ukraine«, Partei der Vaterlandsverteidiger, Partei Christlich-demokratisches Bündnis, Politische Partei »Vorwärts, Ukraine!«, Ukrainische Volkspartei, Ukrainische republikanische Partei »Sobor«. Damit bleibt »Unsere Ukraine« eine äußerst heterogene Gruppe, in der nationalistische Ideologien ebenso wie wirtschaftliche Unternehmerinteressen vertreten sind. Ähnlich wie bei BJuT, jedoch in geringerem Maße, ist hier Viktor Juschtschenko die Integrationsfigur.

Ihre Wurzeln hat die politische Partei »Unsere Ukraine« in der nationalistischen »Volksbewegung der Ukraine für Perestrojka« (RUCH). So ist es nicht verwunderlich, dass die Partei in ihren Programmen immer wieder den kulturellen Grundstock der Ukraine und den Wert der ukrainischen Sprache betont – jedoch weit weniger radikal als RUCH. Es erfolgte eine pragmatische Ausdehnung in ideologischer Hinsicht, die sich mit der Zeit auf die Seite mächtiger Finanzgruppen verlagert hat. Der Gründer von »Ukrprominvest« beispielsweise, Petro Poroschenko, kann als einflussreicher Berater des Präsidenten zur Führungsspitze der Partei gezählt werden. Sein Werdegang – von der Mitwirkung an der »Vereinigten Sozialdemokratischen Partei« über den Vorsitz seiner eigenen »Partei der Solidarität« und einer Mitgliedschaft in der »Partei der Regionen« bis zur Mitarbeit in »Unsere Ukraine« – zeigt die ideologisch-programmatische Beliebigkeit vieler Oligarchen, die sich in der Politik engagieren.

»Unsere Ukraine« wird als Projekt Juschtschenkos, als »sein« Block wahrgenommen. Während zu Zeiten des Präsidenten Kutschma die ihm nahe stehende(n) Par-

tei(en) v. a. durch administrative Ressourcen begünstigt wurden und somit über einen Trumpf im politischen Wettbewerb mit anderen Parteien verfügten, ist Präsident Juschtschenko durch die 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen zu einer solchen Begünstigung nicht mehr in der Lage. Dennoch steht »Unsere Ukraine« in enger Verbindung zum Staatspräsidenten. Während der Wahlblock unmittelbar nach der »Orangen Revolution« von der Popularität des neu gewählten Staatsoberhauptes profitierte, haben das charismatische Potential Juschtschenkos und damit auch die Zustimmungsraten zu »Unsere Ukraine« seither massiv abgenommen (von knapp 14 % bei den Parlamentswahlen 2006 auf maximal 5 % in aktuellen Umfragen).

Die Wahlprogramme 2006 und 2007 beriefen sich größtenteils auf das von Präsident Juschtschenko nach seinem Amtsantritt 2005 verfasste Zehn-Punkte-Programm. Bei deren Betrachtung fällt auf, dass »Unsere Ukraine« die Partei ist, die am konsequentesten den Beitritt zur Europäischen Union fordert. In diesem Sinne bezeichnet sie sich auch als »europäische Partei«. Weitere Prioritäten in der Außenpolitik sind (der mittlerweile erfolgte) WTO-Beitritt und die Aufnahme in die NATO. Im Parteiprogramm wird der Status der Partei als Vorkämpferin für die demokratische Entwicklung betont und der Zusammenhang mit der »Orangen Revolution« hergestellt.

Im Juli 2007 schloss sich der Block mit der Bewegung »Selbstverteidigung des Volkes« zusammen und nennt sich nun »Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes«. Diese Neustrukturierung und die mit ihr einhergegangene Namensänderung kann wiederum als Demonstration der nach wie vor bestehenden Unstetigkeit des ukrainischen Parteiensystems gelten, die nicht gerade dazu geeignet ist, stabile Parteibindungen im Wahlvolk aufzubauen. Angesichts der in diesem Block vereinten Gruppierungen stellt sich außerdem die Frage, wie stabil eine Verbindung solch verschiedenartiger Interessen überhaupt sein kann. Die Ende Oktober 2007 kundgemachte Absicht, den Block in eine einzige Partei umzuformen, ist eineinhalb Jahre später noch immer nicht von Erfolg gekrönt – im Gegenteil, mittlerweile ist der Block von Zerfallserscheinungen bedroht. Nach Fraktions- und Parteiaustritten einzelner Abgeordneter im Kontext der innenpolitischen Krise im Herbst 2008, in der Präsident Juschtschenko mit Parlamentsneuwahlen drohte und sogar den Parteivorsitz wieder übernahm, haben einige Parteien innerhalb des Blocks, darunter »Selbstverteidigung des Volkes«, bekannt gegeben, bei den nächsten Wahlen alleine anzutreten. Mittlerweile ist die Krise soweit gediehen, dass im Dezember 2008

eine neue Koalition aus »Block Timoschenko«, »Block Litwin« und abtrünnigen Abgeordneten von »Unsere Ukraine« gebildet wurde. Die präsidententreuen Abgeordneten haben hingegen die Bildung einer eigenen Fraktion angekündigt, eine Aktion, die von der geänderten Verfassung eigentlich nicht mehr zugelassen wird.

Die Funktionsfähigkeit der Parteien

Seit dem Systemwechsel wurde für die Ukraine allgemein eine mangelnde Funktionsfähigkeit der Parteien bzw. eine Instabilität des Parteienspektrums konstatiert. Die Ursachen hierfür sind vielfältig – rudimentäre Demokratieerfahrung, jahrzehntelange Behinderung der Entwicklung eines pluralistischen Parteiensystems durch den Staatssozialismus, regionale Heterogenität des Landes, personelle und institutionelle Kontinuität nach dem Systemwechsel, verschleppte Gründungswahlen, Personalisierung und Klientelismus, mangelhaft ausgebaute Zivilgesellschaft, späte Verfassungsgebung mit weitreichenden Kompetenzen für den Präsidenten, unabhängige Kandidaten in Einzelwahlkreisen (bis 2002), fehlende finanzielle Unterstützung durch den Staat.

Heute werden die meisten ukrainischen Parteien weiterhin von regionalen und Claninteressen dominiert, die Parteidisziplin muss ausgebaut werden, Einzelpersonen und deren Motive sind bestimmend. Dies zeigt schon die Tatsache, dass die politische Elite bis heute nicht zu einem Konsens über die verfassungsmäßigen Grundlagen des politischen Systems gelangen konnte und sich die andauernde innenpolitische Krise v. a. an dieser Frage in regelmäßigen Abständen neu entzündet. Persönliche Rivalitäten verhindern also nicht selten eine effiziente Zusammenarbeit zur Umsetzung von Gesellschaftsinteressen. In Folge sind Regierungsbildungen langwierig, die Koalitionen selbst meist instabil und von kurzer Dauer.

Weitere Mängel in der Funktionsfähigkeit der politischen Parteien sind im Bereich der Programmformulierung zu finden. Gesellschaftliche Interessen werden kaum einbezogen. Partei- und Wahlprogramme sind voll von leeren Phrasen und Lippenbekenntnissen und untereinander kaum unterscheidbar. Bei der Erstellung der Wahllisten wird persönlichen Beziehungen vor Kompetenz der Vorrang gegeben, eine Professionalisierung der ukrainischen Politiker dadurch weiter verzögert. Dennoch können Parteien heute besser ihre Elitenrekrutierungsfunktion erfüllen, da keine unabhängigen Kandidaten mehr zu Parlamentswahlen antreten dürfen. In der Mobilisierung der Wähler erfüllen die Parteien ihre Funktion trotzdem unzureichend, die Mitgliedsraten

bleiben niedrig. Aus Umfragen gewinnt man den Eindruck, die Bevölkerung nehme den Weg zur Urne mehr aus Pflichtbewusstsein in Kauf, als von Wahlprogrammen der Parteien dazu motiviert. Schließlich bieten die Parteien keine Alternativen, sie werden alle – mehr oder weniger – als elitäre Klubs rund um einzelne Führungspersönlichkeiten empfunden, die ihren eigenen Interessen, aber nicht denen der Bevölkerung dienen.

Als wenig funktionstüchtig präsentieren sich die politischen Parteien auch dann, wenn es um die legislative Tätigkeit im Parlament geht. Gegenseitige Blockaden prägen den Parlamentsalltag. In vielen Fällen greift die parlamentarische Opposition zu destruktiven Maßnahmen. Weder diese Handlungsweisen noch die teilweise dubiosen Hintergründe und Ziele von Abgeordneten als Folge undurchsichtiger Rekrutierungsmechanismen fördern die Legitimität des politischen Systems und des Staates bei den Wählern. Die Schwäche im Bereich der Gesetzgebung ist außerdem eine Fortsetzung der inhaltlichen. Gibt es in den Wahlprogrammen keine klar definierten Ziele, fehlen auch die Regierungsprogramme, die den Aktionsplan der Regierung umreißen bzw. konkrete Umsetzungsstrategien anbieten. Das ukrainische Charakteristikum der Blockbildung muss hier als weiteres Manko betrachtet werden. Bevor es zu einer inhaltlichen Einigung mit dem Koalitionspartner kommen kann, müssen zuerst die mitunter sehr unterschiedlichen Interessen im Block selbst zu einem Kompromiss vereint werden. Problematisch sind in diesem Zusammenhang Austritte einzelner Abgeordneter aus den Koalitionen bzw. die mangelnde Abstimmungsdisziplin innerhalb der Fraktionen, die im Falle hauchdünner Koalitionsmehrheiten einen legislativen Stillstand bedeutet. Verlässliche Regierungspolitik ist unter den genannten Bedingungen nur schwer möglich.

Seit der »Orangen Revolution« haben die ukrainischen Parteien aber auch einige positive Entwicklungen im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Funktionen durchgemacht – »virtuelle« Präsidentenparteien gehören der Vergangenheit an. Die Regierung wird durch eine Mehrheit im Parlament gebildet. In den Wahlen 2007 haben sich erste Anzeichen für das Aufbrechen der starren regionalen Zuordnungen gezeigt. Im Frühjahr 2007 haben BJuT und »Unsere Ukraine« im Parlament eine vereinte Opposition gebildet, um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Viele der Fortschritte sind aber mehr auf Änderungen in den institutionellen Rahmenbedingungen zurückzuführen, als auf Anstrengungen der Parteien selbst. Prinzipiell ist die Funktionsfähigkeit der politischen Parteien gesteigert worden, weist aber noch immer viele schwer wie-

gende Defizite auf. Und die Verfassung, die die Parteien in ihrer Bedeutung zwar aufgewertet hat, ist mit ihren zahlreichen Widersprüchen zugleich eine Gefahr, da sie einige Möglichkeiten bietet, eine effiziente Arbeit der politischen Parteien zu blockieren.

Folgen für die Konsolidierung der Demokratie

Als Merkmale eines konsolidierten Parteiensystems gelten Minimum an Extremismus, klare Struktur von Konfliktlinien, Aufgabentrennung zwischen Parteien und Interessenverbänden, geringe Anzahl an Flügelkämpfen innerhalb der Parteien, niedrige Volatilität, die Existenz realer Möglichkeiten von Koalitionsbildungen (nach Klaus von Beyme). Ein solcherart konsolidiertes Parteiensystem ist schließlich in der Lage, eine positive Entwicklung der Demokratie nach sich zu ziehen.

Der Punkt, in dem das ukrainische Parteiensystem eindeutig als stabil zu bezeichnen ist, betrifft extremistische Positionen im Parteienspektrum. Diese sind in der Ukraine nicht von Bedeutung. Wie schon angesprochen, platieren sich die Parteien durchwegs im ideologischen Zentrum. Was gesellschaftliche Konfliktlinien betrifft, konzentrieren sich die ukrainischen Parteien v. a. auf den Gegensatz östliche vs. westliche Landesregionen. Dennoch zeigt sich in diesem Punkt durch die letzten Wahlergebnisse von Block Timoschenko und Partei der Regionen eine gewisse Aufweichung. Von einer gesamtnationalen Unterstützung sind beide Parteien aber weit entfernt, machen diese sogar selbst weiter unwahrscheinlich, indem sie sich ihre Kontur meist nicht über Inhalte, sondern über die Abgrenzung zum politischen Gegner verschaffen.

Die Aufgabenteilung zwischen Parteien und Interessenverbänden ist nur sehr schemenhaft vorhanden, da die Zivilgesellschaft in der Ukraine noch immer unterentwickelt ist. Die Parteien erfüllen ihre Funktionen in dem Bereich der Interessenartikulation aber ungenügend. Die Bevölkerung flüchtet sich in Resignation – ein Teufelskreis. Die thematisierte Problematik des Blockcharakters vieler ukrainischer Parteien hat bereits klagemacht, dass diese Parteien äußerst stark von Flügelkämpfen betroffen sind. Der Anteil verschenkter Stimmen bei Wahlen ist mit 11 % nach wie vor relativ hoch, in Bezug auf die Volatilität zeichnet sich aber eine gewisse Stabilisierung ab, die auf Lerneffekte im Wahlvolk hindeutet. Heute können einige Parteien mit Sicherheit konstant ins ukrainische Parlament einziehen. Hinsichtlich möglicher Koalitionsvarianten bedeutet dies aber einen Nachteil. Denn trotz punktueller Zusammenarbeit im Parlament scheint eine

Regierung aus »oranen« und »blauen« Kräften aus heutiger Sicht kaum möglich. Da auch innerhalb der »oranen« Koalition persönliche Rivalitäten und Streitigkeiten dominieren, ist die Politik des Landes seit einigen Jahren blockiert.

Der aktuelle Zustand des Parteiensystems weist also auf die Unfähigkeit der Parteien in Bezug auf die Erfüllung elementarer, ihnen zugedachter Funktionen hin. Wenn Abgeordnete Verfassungsbestimmungen missachten oder die Regierung Gesetze außerhalb ihrer Kompetenzen verabschiedet, entspricht dies einer Aushöhlung des demokratischen Systems. Die politischen Parteien und ihre Repräsentanten geben mitunter schlechte Vorbilder ab, wenn sie das Parlament blockieren, sobald die Mehrheit auf demokratischem Wege eine Entscheidung trifft, die ihnen nicht gefällt. V. a. die in Zusammenhang mit Demokratieförderung äußerst kritische Funktion der Legitimation des politischen Systems gegenüber der Bevölkerung erfüllen die Parteieliten also kaum.

Momentan sind die Chancen auf eine nachhaltige Konsolidierung der Demokratie in der Ukraine gering, da die politischen Parteien nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und miteinander zu versöhnen. Zwar haben das neue vollständige Verhältniswahlrecht und das Novum einer Regierung, die sich tatsächlich aus einer Mehrheit gewählter Fraktionen bildet, die Verantwortlichkeit der Parteien dem Wahlvolk gegenüber gesteigert. Aber die Fragilität der Blöcke, die ihre Zusammensetzung vor Wahlen beliebig ändern, verzerrt diese neue Möglichkeit der Bürger, Parteien für ihre Politik zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem ist durch den ungeklärten rechtlichen Status der Parlamentsopposition, der durch die Legislative bislang nicht beseitigt wurde, nicht sicher gestellt, dass die Interessen der gesamten Bevölkerung in einer gewissen Weise berücksichtigt werden. Positiv fällt auf, dass der Parteienwettbewerb allgemein doch zu mehr Transparenz im ukrainischen politischen System geführt hat. Insgesamt wirken sich Handeln und Einstellungen der politischen Parteien bislang jedoch eher negativ auf die ukrainische Demokratie und deren Konsolidierungschancen aus.

Ausblick

Die Zukunftsaussichten für die ukrainischen Parteien präsentieren sich ambivalent. Sollten die Parteien fortfahren, die Gesellschaft von Parteientscheidungen bzw. Erstellung der Programme auszugrenzen, hätte dies wohl eine weitere Desillusionierung der ukrainischen Bürger zur Folge. Demokratie als Herrschaft des Volkes wäre ohne eine Beteiligung dessen wiederum nicht

viel mehr als eine leere Hülle. In diesem Fall würden die relevanten Akteure politische Parteien weiterhin als Fassadeninstitutionen für ihre Machtkämpfe missbrauchen. Der Verfassungskonflikt im Jahr 2007 hat deutlich gemacht, dass die demokratische Entwicklung der Ukraine nicht hundertprozentig gesichert ist. Dennoch haben sich seit der »Orangen Revolution« demokratische Freiheiten für die Gesellschaft etabliert (Medienfreiheit, freie Meinungsäußerung, freie Wahlen, neue Freiheit für Nichtregierungsorganisationen), deren Rücknahme nicht wahrscheinlich ist. Es ist daher möglich, dass die Zivilgesellschaft zu neuer Stärke gelangt und effizientere Parteien einfordert. Und auch gewisse Aktionen seitens der Parteien wie Adaptierung der weitreichenden Abge-

ordnetenimmunität (auch wenn sie nicht regelkonform geschah), Einführung des imperativen Mandats, Versuche eine geeinte Oppositionen zu bilden (auch wenn diese mitunter gescheitert sind) und die Anerkennung des Wahlergebnisses 2007 durch alle wichtigen Parteien deuten auf die Möglichkeit einer demokratischen Normalisierung in der Ukraine hin und darauf, dass sich die politischen Parteien ihrer Verantwortung allmählich bewusst werden.

In welche Richtung man sich auch bewegen wird, politische Parteien sind jedenfalls zu zentralen Akteuren im Land geworden und werden den weiteren Weg der Ukraine mitbestimmen.

Über die Autorin:

MMag. Cornelia Göls studierte Politikwissenschaft und Slawistik/Russisch an der Universität Wien. Derzeit ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Slawistik der Universität Wien tätig. Ihre Forschungsinteressen umfassen politische Systeme Osteuropas und Literatur der russischen Emigration.

Lesetipp:

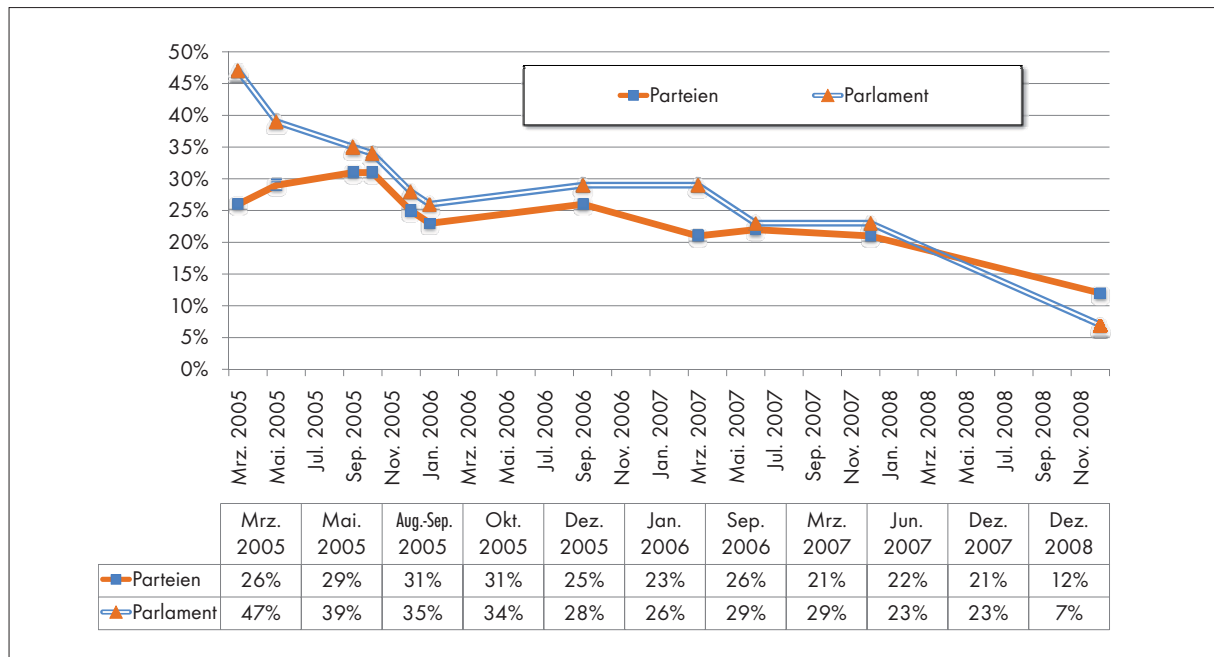
Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um leicht gekürzte und aktualisierte Ausschnitte aus folgender Monographie der Autorin:

Göls, Cornelia (2008): Die politischen Parteien in der Ukraine. Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung. Peter Lang Frankfurt a. M.

Umfrage

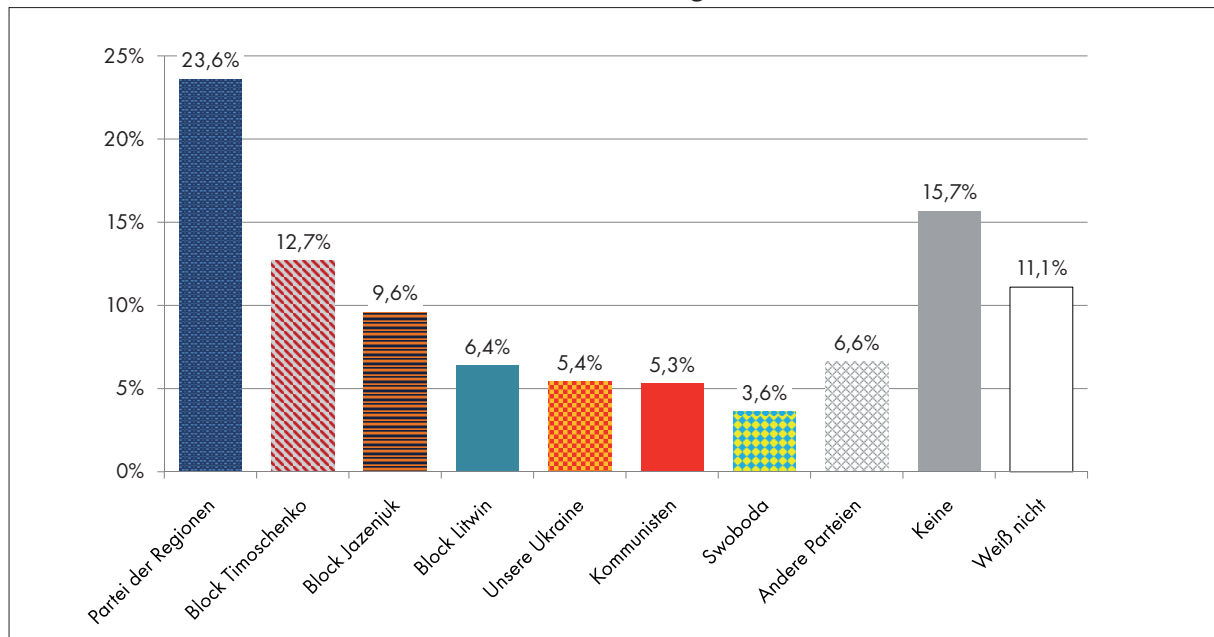
Parteipolitische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung

Grafik 1: Vertrauen in politische Parteien und das Parlament (Anteil der Befragten die »vollständig vertrauen« oder »eher vertrauen, als nicht vertrauen«)



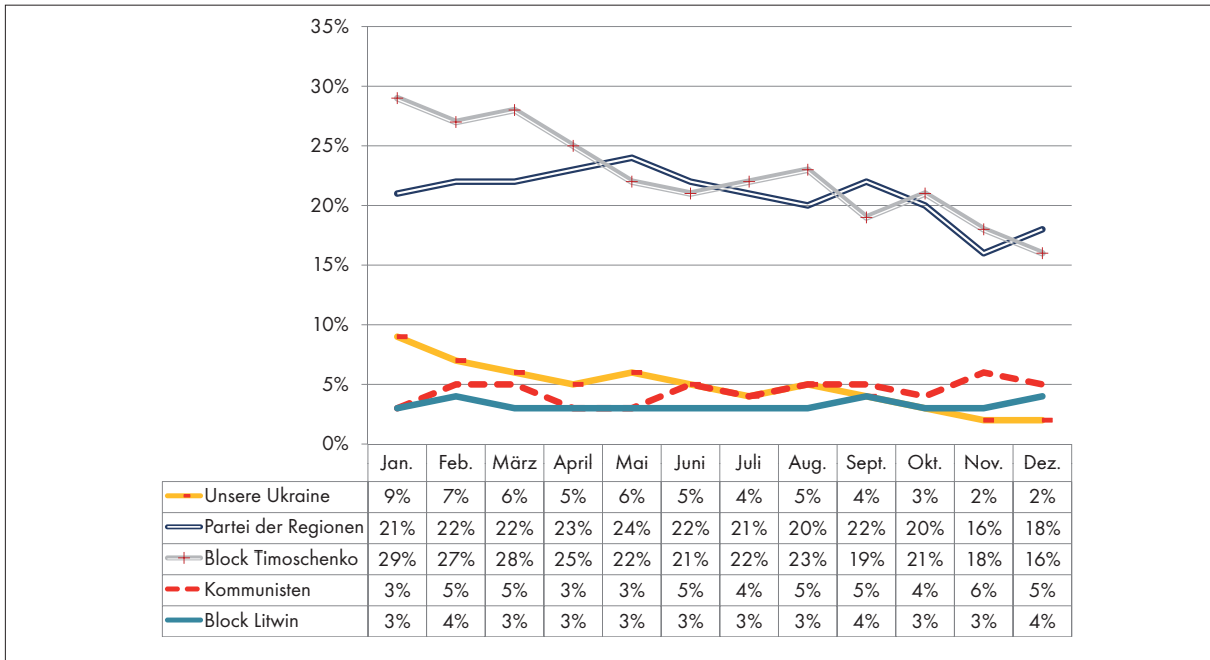
Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung und des Zentrums »Soziales Monitoring«.

Grafik 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären? (Februar 2009)



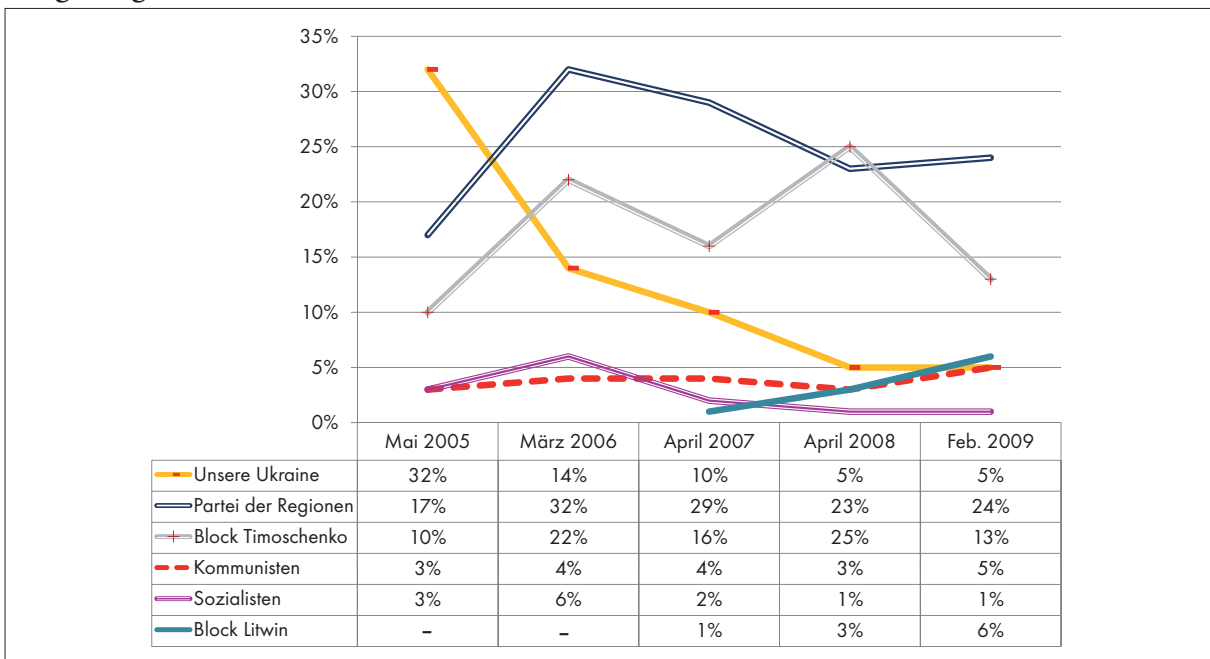
Quelle: Repräsentative Umfrage des ukrainischen Nationalen Instituts für Strategische Studien vom 28.1. bis 3.2.2009, zitiert nach Nachrichtenagentur UNIAN 5.2.2009.

**Grafik 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
Kurzfristige Trends Januar bis Dezember 2008**



Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

**Grafik 4: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
Langfristige Trends 2005 bis 2009**



Anmerkung: Zahlen für März 2006 entsprechen dem Wahlergebnis.

Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine und des ukrainischen Nationalen Instituts für Strategische Studien (Werte für 2009).

Dokumentation

IWF-Verhandlungen der Ukraine

Die Ukraine hat sich mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) am 6.11.2008 auf einen Stand-By-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar geeinigt, der der Ukraine helfen soll, die Folgen der internationalen Finanzkrise zu überwinden. Der Kredit ist mit Auflagen verbunden, denen die Ukraine mit einer Absichtserklärung vom 31.10.2008 zugestimmt hat. Anfang Februar 2009 hat eine IWF-Mission in die Ukraine bezüglich einiger Punkte keine Vereinbarung mit der ukrainischen Regierung erzielt (siehe dazu die Dokumentation in der Ukraine-Analyse Nr. 51, S. 11). Der IWF hat daraufhin die Zahlung der zweiten Rate des vereinbarten Kredites für unbestimmte Zeit ausgesetzt. Die Entscheidung wurde auf einer Pressekonferenz am 12.02.2009 in Washington erläutert. Im folgenden wird der Teil zur Ukraine im Original vollständig wiedergegeben.

Die weiteren Verhandlungen mit dem IWF dürften auch dadurch erschwert werden, dass der ukrainische Finanzminister Viktor Pinsenyk, der seit der Bildung der Regierung Timoschenko im Dezember 2007 im Amt war, am 11.02.2009 mit Bezug auf die Fragwürdigkeit der aktuellen ukrainischen Finanzpolitik seinen Rücktritt erklärte. Die ukrainische Regierung hat sich nach Angaben des Außenministeriums in Reaktion auf ihre Finanzprobleme an mehr als 14 Staaten und internationale Finanzorganisationen mit der Bitte um Unterstützungskredite gewandt.

Transcript of a Press Briefing by David Hawley, Senior Advisor, External Relations Department

International Monetary Fund, Washington, D.C., Thursday, February 12, 2009

Mr. Hawley: Good morning, ladies and gentlemen, and good morning to those of you joining us on the Media Briefing Center for this, one of our regular briefings. I'm David Hawley, Senior Advisor in the External Relations Department.

[...]

Questioner: Can you tell us what's holding up the Ukraine loan, what kind of problems they're having, budget problems that might be preventing it, and when they would be likely to get it? Thank you.

Mr. Hawley: I'll fold this question in, if I may, with a question that's come on the Media Briefing Center asking when the final decision on the second tranche of the loan is to be taken and what measures should be urgently taken in order to receive the money.

Let me bring you up to date on where things stand and what might be the situation going forward.

As you know, the mission recently left Kiev after discussions on the first review under the arrangement. A statement was issued at that time, which said that progress was made in discussions on fiscal, monetary and exchange rate policies and on measures to strengthen confidence in the banking system, but that a few issues remain outstanding. Discussions between the authorities and Fund staff on these outstanding issues will continue in the coming weeks, and we expect the mission to return to Kiev to continue these discussions.

Now you may be aware that one of the outstanding issues is on the fiscal side, where we need to find agreement on how to contain the general government deficit in 2009. The budget deficit under consideration in our discussions already excludes the deficit of about 4.5 percent of GDP, which is related to the bank recapitalization. So, regarding the remaining deficit, different options are being contemplated on a fiscal stance that will help the economy stabilize without undermining public finances.

Other issues include monetary policy, as well as the restructuring of the banking sector. We're continuing discussions on policy implementation on these issues as well, so that confidence in the banking and financial system can be restored.

Let me add one final point: our experience in many countries shows that a strong commitment by the authorities to getting the country's economy back on a path of sustainable growth is the key to success in these economic programs. So strong crisis management is essential to implement coherent and credible policies that will help the country overcome the crisis.

Questioner: I just wanted to ask more generally that given that just a few months after giving the loan to Ukraine you're having to essentially revise the loan conditions or soften them slightly, is there a risk that other loans made to Eastern European countries have been somewhat too strict and budget conditions may now have to be relaxed?

Mr. Hawley: No, I don't think you can draw inferences from the course of discussions on a particular program review in one country for other programs.

Questioner: Is the resignation of the finance minister going to obstruct, I mean, going to influence anything going forward?

Mr. Hawley: We've seen the news this morning, as I'm sure you have, about the resignation of the finance minister. I think it merely serves to underline the point I made about the importance of strong crisis management, strong crisis management being essential to the success of an economic program.

[...]

Quelle: <http://www.imf.org/external/np/tr/2009/tr021209.htm>

Chronik
Vom 10. bis zum 23. Februar 2009

10.2.2009	Präsident Viktor Juschtschenko sagt bei der Eröffnung der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, dass Ministerpräsidentin Julia Timoschenko nicht berechtigt gewesen sei, den Mitte Januar mit Russland ausgehandelten Vertrag über die Gaspreise zu unterschreiben.
11.2.2009	Einzelheiten über die Gründung einer Holding werden bekannt, an die der gesamte Stromexport aus der Ukraine nach Europa in Zukunft übertragen wird. Die Ukraine wird an der in der Schweiz registrierten Holding 52 % halten.
12.2.2009	Finanzminister Viktor Pynsenyk reicht seinen Rücktritt ein. Als Begründung nennt er Meinungsverschiedenheiten mit Ministerpräsidentin Julia Timoschenko in der Finanzpolitik.
12.2.2009	Das Außenministerium der Ukraine erklärt, dass derzeit mit einer Reihe von Ländern und internationalen Finanzinstitutionen Gespräche über Möglichkeiten einer Kreditnahme geführt werden.
13.2.2009	In Cherson besetzen Anhänger der Partei der Regionen das Gebäude der Gebietsverwaltung und fordern die Absetzung des Gouverneurs Boris Silenkow.
16.2.2009	Die Regierung der Ukraine und die Europäische Kommission unterschreiben eine Erklärung über die zukünftige Politik gegenüber dem Mittelstand. In erster Linie geht es darin um die Koordination des weiteren Vorgehens.
16.2.2009	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sagt der Ukraine einen Zuschuss von 135 Mio. Euro für die Förderung der Umweltsicherheit in der Umgebung des Atomkraftwerks Tschernobyl zu. Über einen Kredit in Höhe von 500 Mio. Euro zur Rettung der Banken wird weiterhin diskutiert.
17.2.2009	Das Parlament akzeptiert das Rücktrittsgesuch des Finanzministers Viktor Pynsenyk.
17.2.2009	Das Außenministerium der Ukraine droht dem russischen Botschafter Viktor Tschernomyrdin, ihn zur Persona non grata zu erklären, wenn er sich noch einmal so wenig diplomatisch zu Präsident Viktor Juschtschenko und der ukrainischen Regierung äußere. Die Partei der Regionen fordert deshalb kurz darauf den Rücktritt des Außenministers der Ukraine, Wladimir Ogrysko.
18.2.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko ruft Präsident Viktor Juschtschenko, Parlamentspräsident Wladimir Litwin und den Leiter der Nationalbank Waleri Stelmach dazu auf, eine gemeinsame Erklärung zu unterschreiben, in der die Bereitschaft der Ukraine zur weiteren Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond bestätigt wird.
18.2.2009	Der erste stellvertretende Finanzminister Igor Umanski erklärt, dass es entgegen anderslautenden Gerüchten noch keine offiziellen Verhandlungen über eine Kreditnahme von Russland gebe.
18.2.2009	Im Zuge einer Protestaktion gegen die Untätigkeit der Regierung bei der Bekämpfung der Finanzkrise fahren Demonstranten in 160 LKWs aus verschiedenen Landesteilen in Richtung Kiew.
18.2.2009	Der stellvertretende Finanzminister Igor Umanski erklärt, die Regierung wolle erst im April mit dem angekündigten Sparkurs beginnen, da die Situation in der Ukraine frühestens nach den ersten drei Monaten des Jahres 2009 richtig einzuschätzen sei.
19.2.2009	Präsident Viktor Juschtschenko wendet sich mit einem Antrag ans Verfassungsgericht, es möge das Gesetz über die Organisation der Arbeit des Parlaments für verfassungswidrig erklären. Im September 2008 hatte das Parlament das Gesetz gegen das Veto des Präsidenten angenommen.
20.2.2009	Präsident Viktor Juschtschenko legt sein Veto gegen das neue Gesetz über den Fonds für Staatseigentum ein, da es in verschiedenen Punkten nicht der Verfassung entspreche.
21.2.2009	Wjatscheslaw Kirillenko wird zum Vorsitzenden der neuen Gesellschaftsinitiative »Für die Ukraine« gewählt. Die Vertreter der Initiative, die Präsident Viktor Juschtschenko nahestehen, waren nach der Bildung der neuen Regierungskoalition aus der Fraktion von Unsere Ukraine ausgeschieden.
23.2.2009	Eine Gruppe von etwa 4.000 Demonstranten stellt in Kiew unter Führung des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Pjotr Simonenko Präsident Viktor Juschtschenko zum Geburtstag Geld für einen Oneway-Flug in die USA bereit.

Die Ukraine-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de